

# Woffische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestelgeld

## Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 22 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Anzeigen in einer bestimmten Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [15. 12. 1933] · Nr 108

SONNABEND, 4. MÄRZ 1933

ABEND-AUSGABE

## Die Wahl ist geheim

## Brücken bauen!

Von DR. CURT HOFF

Der Wahlkampf fand von Anfang an im Zeichen einer ungeheuren Propaganda der Regierungspartei. Nach dem Reichstagsbrand sind nicht nur die Kommunisten, sondern auch in einem großen Teil des Reiches die Sozialdemokraten völlig zum Schweigen gebracht worden. In der Öffentlichkeit konnten neben dem Sakentanz fast nur noch die Plakate und Führer der Deutschnationalen in Erscheinung treten. Am Abend hörten die Staatsbürger ausschließlich und ununterbrochen die Stimme der neuen Herren. Niemals ist in deutschen Landen ein Wahlkampf unter solchen Begleitumständen geführt worden. Aber der Wähler ist frei, sobald er die Zelle betreten hat. Hier ist keine Kontrolle möglich. Seine politische Waise ist das Kreuz auf dem Stimmzettel. Wer will, darf das Verbot seine Aufgabe erfüllen kann, die Tätigkeit der Regierung zu kontrollieren, er muß für die Parteien stimmen, die auch in der jetzigen Bedrängnis an dem Grundgesetz des Reiches festhalten. Nicht nur für die Anhänger des Zentrums und der Sozialdemokratie ist diesmal die Gewähre gegeben, daß ihre Stimmen voll in die Waagschale fallen. Auch die Frauen und Männer, die es für ehrenvoll halten, an dem liberalen Gedanken des gleichen Rechts und der gleichen Pflicht, des Ausgleichs und der Volksgemeinschaft festzuhalten, können für die Liste 9 der Staatspartei eintreten, deren Führung diesmal dafür gesorgt hat, daß keine Stimme verloren gehen wird.

Der Verfasser, bekannt als ausgezeichneter Vertreter der Wirtschaft, ehemaliger Vorkämpfer von Siemens und Logen geführter Zentralarbeitsgemeinschaft, hat bis 1930 als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei dem Reichstag angehört. Diesmal kandidiert er für das Zentrum.

Man sagt uns, diese Politik ist etwas anderes als die andere Waise. Denn diesmal gehe es um Deutschlands Sozialität „so oder so“. Das kann wohl sein. Wir können dann nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieses Sozialität die Gestalt annehmen wird, die dieser Wahlkampf angenommen hat.

Kampf gegen den Marxismus! Die Parteien der Mitte haben diesen Kampf seit Jahren geführt. Allerdings mit anderen Methoden. Sie haben es vermieden, ihre Gegner durch eine übertriebene Kenntnis der Feindtätigkeiten zu gewinnen und in die gleiche Front zu bringen. Das aber geschieht zur Zeit, und das ist der erste große Fehler, den die Ertrunkenen auf der rechten Mägen. Der zweite Fehler besteht darin, daß sie bestimmen, wie ungeheuer groß im staatspolitischen Sinne die Unterlegenheit zwischen der Sozialdemokratie und dem Kommunismus sind. Die Sozialdemokratie bejaht den Staat, sie hat sich eingebürgert in den Staat und sich im Gegensatz zu ihren feindsichtigen Gegnern den praktischen Bedürfnissen des Staates fröhlich unterworfen. Man muß aber die organisierte Arbeiterkraft auch jetzt — so heißt es ungenügend — ihren Anteil geben am Staat. Aber vorher soll sie das verdienen, was sie bisher angebetet, und das anbieten, was sie bisher verdrängt hat. Sie soll es sogar öffentlich und freiwillig tun. Sie fürchte nur, sie wird es nicht tun. Was aber dann? Dann bleibt nur noch der Kampf, der aber nicht zwischen „dem deutschen Volk“ und dem „Marxismus“, sondern der einen Hälfte des deutschen Volkes, die auf der rechten, und der anderen Hälfte, die auf der linken steht, bis zum bitteren Ende geführt werden müßte.

Die Schweden eines solchen Kampfes auszumachen, möchte ich mir erlauben. Sie haben schon genug zu tun, wenn wir die kommunisistische Bewegung überwinden wollen, die sich selbst außerhalb der staatlichen Gemeinschaft stellt, die den Staat leugnet, die ihn zerstreuen will, um dann zugunsten einer Klassenherrschaft, so wie es in Rußland und Frankreich das Volk zu trennen, und Millionen deutscher Arbeiter auch schuldig zu verurteilen. Gegen eine solche Bewegung auf und muß, wenn es notwendig ist, auch mit den letzten Machtmitteln des Staates vorgegangen werden. Aber man täusche sich nicht. Mit dem Einsatz dieser Machtmittel allein wird man die Bewegung nicht niederzwingen, dazu bedarf es auch der geistigen Waffen, und diese Waffen müssen sein die Gedanken der Volksgemeinschaft, der sozialen Gerechtigkeit und einer Staatsführung, die zu tiefst auf ethischer Grundlage ruht.

Die Schweiz aber, auf der solche Gedanken in die Massen der jetzt abwärts führenden Partei anderer Völker hineingetragen werden müssen, ist eine vorkommende Wirtschafspolitisch. Was wir darunter verstehen? Nichts anderes als eine Politik, die dafür sorgt, daß die Lasten des Konjunkturbelages gleichmäßig auf alle Schichten der Bevölkerung verteilt werden, und daß die frühesten eines Konjunkturaufstieges allen Teilen unseres Volkes zugute kommen. Denn in das große Auf und Ab der Weltkonjunktur ist Deutschland ebenso verflochten wie jedes Industrieland entwickelte Land, das fremde Rohstoffe einfließen muß, um seine Arbeiter zu beschäftigen, und das eigene Waren ausführen muß, um jene Rohstoffe zu bezahlen gleich, ob es sich um das kapitalistische Frankreich, das sozialistische Rußland oder das sozialistische Italien handelt — dem Volke zu sagen, daß das große Auf und Ab der Weltkonjunktur durch irgendeine wie immer geartete Politik zugunsten eines einzelnen Landes durchzuführen und in sein Gegenteil verkehrt werden könne, das können wir nie.

Ein Schimmerfeld? Ja, das war die deutsche Wirtschaft nach dem Sturz. Das war sie nach der kurzen Zeit der Scheinblüte am Ende der Inflation. Aber dann ist aufgehört worden in deutschen Landen mit unermüdlichem Fleiß, mit Ausdauer und mit Mut und mit Vertrauen in die deutsche Kraft. Daß man die eigene Kraft — ein wahrer deutscher Fehler, in den wir jetzt wieder, wenn auch in anderem Sinne, zu verfallen drohen — dann überhäufte und dadurch um so tiefer in das Tal der Krise stürzte, scheint nicht zu wundern, daß von dem, was damals geschah, wurde, auch heute noch mehr zu sehen ist, daß politische Wirtschaftszweige ihre alte Stellung in

## Alle U.S.A.-Banken schließen

### Dreitägiger Bankfeiertag für das ganze Land

Die amerikanische Bankwelt hat sich in so bedrohlichem Maße angefüllt, daß die Regierung Hoover wenige Stunden, bevor sie ihre Gesetze an die neue Regierung Roosevelt übergab, zu dem aufsehenerregenden Beschluß gezwungen war, über das gesamte Staatsgebiet der Vereinigten Staaten einen dreitägigen Bankfeiertag zu verhängen. Es wird in Washington ausdrücklich erklärt, diese Maßnahme solle nicht ein Abgehen vom Goldstandard anzuherlichen, sondern im Gegenteil den Dollar zu verteidigen. Welche weittragenden Folgen die Erklärung des allgemeinen Bankfeiertags hat, wird aus der Tatsache deutlich, daß heute bereits an der Londoner Börse keinerlei Devisenverkehr stattfand.

Niemals in den 150 Jahren seit dem Bestehen der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat der Amtsinhaber eines Präsidenten unter so bedrohlichen Schicksalen sich vollzogen wie heute, da „smiling Frank“, der immer gut gelaunte Franklin Roosevelt in das Weiße Haus einzieht. Er steht vor schwerer Aufgaben und wird den Angriff gegen die Welt der breiteren Volks führen müssen, wenn er entgegen soll. Weder ein verlorenen Krieg, noch eine Inflation, noch ein Pesten, noch der Marxismus können im

Fall Amerika mit der Schuld für die schwere Erschütterung der nationalen Wirtschaft belastet werden, und vielleicht wird gerade dieser Umstand eine Zerspaltung aller mittllich aufbauwilligen und aufbaufähigen Kräfte des Volkes verhindern.

Der amerikanische Bürger erlebt jetzt, allerdings in abgeklärter Form, die bitteren Epochen, die während des Weltkrieges und auch nachher noch in Deutschland an der Tagesordnung waren: Notgeld unjährlig halb privater Stellen; Gehaltszahlungen mit Schecks, die während der Bankfeiertage nicht einlösbar sind; Kaufhandel der Hausfrauen, die kein Bargeld besitzen; Abwicklung aller Geschäfte, aus in Leben, die bisher noch Kredit geben, nur gegen Verpfändung; lokale Honorare in Wechseln und Scheinnoten, die sogar Beispiel nicht um Geld, sondern um Scheinmittel. Tief in das private Leben also greift die Finanzkrise ein, und das ganze Land ist in höchster Alarmstimmung. Sichtlich gelang es Roosevelt, bald eine psychologische Entspannung zu schaffen.

\*

Ausführliche Berichte über die wirtschaftliche Seite des amerikanischen Bankfeiertags veröffentlichen wir im Sonderheft.

## Sie sollen ausgeschieden werden

### Hefige Angriffe Reventlows

Die von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Grafen Reventlow im Zusammenhang der Wehrmacht „Der Reichswart“ wohnen ihren Charakteristik dem Thema „Führer wollen wir — keine Reverten“.

In Spaltenlangen Auseinandersetzungen wird gegen die „Nationalen“, die „Herren-Soldaten“, die jetzt in Romme und Groß-Ausruhm. Sie glauben, daß jetzt noch viel gründlicher und tiefer die antwortgebende Herrschaft der verantwortungsvolleren Herrschaftshilffert stabilisiert werden solle, als zuvor. „Sie glauben auch deswegen Grund zu dieser Ausrufung zu haben, weil die arbeitnehmende Bevölkerung durch das jahrelange Elend und die Unterernährung ihrer Meinung noch mehr geworden ist und an nichts weiter denkt als an ihren elenden Zustand und an ihre Hoffnung, zum wenigsten nennwert Arbeit zu bekommen.“

Reventlow zitiert die Meinung Rapens „Sozial sein heißt Arbeit schaffen.“ Das heißt mit anderen Worten, so sagt er, die Sonderarbeiter und Angehörigen, welche Arbeit erhalten, dürfen wieder in solcher Aufsichtbarkeit für das Kapital, für eine Wirtschaftsführer-Aktivität und für noch mehrfältigeren nennwertigen Aktien-Aktivitäten gehorchen arbeiten.“

## Die neuen Marine-Attaches

In Warschau wurden ernannt: der Kapitän zur See W. A. C. bei der Botschaft in Warschau, der Kommodorekapitän S. S. bei der Botschaft in Rom, K. S. bei der Botschaft in Paris.